

# Die Gewerkschaft

Schrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16  
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)  
Verleger: Amt Moritzplatz 3103/08

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 100 Mt.

## Unerträgliche Zustände.

Belegung des Ruhrgebietes durch die Franzosen seit dem 11. Januar hat die politischen Vorgänge derart in den Vordergrund gedrängt, daß darüber die wirtschaftlichen allgütigen Bedenken, die sich noch immer weiter ausdehnen und Menschenopfer kostet, das Ungeheuerlichste, was wir seit dem Weltkrieg erlebt haben. Es ist schier unfaßlich, daß das „Welt-Blatt“ das doch während der Kriegszeit so scharf gegen die deutsche Regierung Stellung nahm, als dem „einzig Schuldigen“, jetzt nur noch Lebenszeichen aufzuweisen hat. Kein Proteststreik in England, Italien oder den neutralen Ländern in Amerika. Keine Note des amerikanischen Präsidenten, keine Erklärung der Völkerbundsaktion, wohin wir blicken, nichts Entscheidendes zugunsten Deutschlands.

Die englische Regierung hat England in seinem Parlament und mit seinem konservativen Premierminister Bonar Law klar zum Ausdruck gebracht die Ruhrinvasion der Franzosen den Engländern gegenüber ablehnt. Sie haben ein unmittelbares Interesse daran, das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt wird und Frankreich nicht als alleinige militärische Großmacht für den Kontinent anzusehen ist. Aber man möchte seinen Verbündeten auch etwas zu wehe tun, und so scheut man vor jeder positiven Maßnahme des Einpruches zurück. Sicher ist die Sympathie der Arbeiter aller Länder gegenwärtig auf Seiten der Ruhrbergarbeiter, aber zu einer kräftigen Aktion scheint es bei all dem nicht zu kommen.

Man kann ruhig zu dieser vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen Erscheinung eine Parallele ziehen in bezug auf die letzten inneren wirtschaftlichen Zustände Deutschlands. Auf der einen Seite wird noch immer unermesslich verdient, und es setzt sich der stärkste Unwille auf dem heimischen Markt sowie im Großkaufmannstand, wenn auch angesichts von den riesigen Profiten zugunsten der Arbeiterschaft werden soll. Mit dem wahrhaftigen Steigen des Dollars auf 50 000 waren die Spekulanten sozusagen auf der Höhe ihrer wirtschaftlichen angelangt. Als nun die Regierung sich, nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus außenpolitischen Gesichtspunkten heraus, endlich dazu drängen ließ, das zu tun, was die Arbeiterschaft, insbesondere der Vorstand des ADGB, seit Jahr und Tag fordert (was auch der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt vorergriffen im Kabinett zum Durchbruch zu bringen suchte), nämlich die planmäßige Senkung des Dollars, um damit allmählich eine höhere Bewertung der Arbeit zu erzielen, da ist es den Spekulanten natürlich nicht recht, wenn diese Aktion trat nun endlich in Kraft, und in wenig Tagen der Dollar auf 20 000 und darunter zurück. Selbstverständlich haben dabei einige Spekulanten schwer bluten müssen, der Großhandel hat wohl in dieser kurzen Uebergangszeit Verluste aufzuweisen. Vor allem gelang es nicht, die bloße Preisermäßigung aufrechtzuerhalten.

Aber auch die Arbeiterschaft konnte keine rechte Freude an dieser Aktion gewinnen, denn wenn auch die ersten Lohnsteigerungen im Februar noch glimpflich verlaufen mit Rücksicht auf den noch hohen Dollarstand und den wahrhaftig angeschwollenen Preisstand, so trat nun ein, was man bei der Einstellung der Warenpreise, Händler und Kleinhändler erwarten konnte. Die Senkung des Dollars hatte zunächst fast keine Einwirkung auf die Senkung der Warenpreise, mit Ausnahme der

unmittelbar aus dem Ausland importierten Lebensmittel usw., wie z. B. ausländische Fette (wo sich der Dollarstand fast automatisch auswirkt).

Es zeigt sich vielmehr, daß sowohl alle Preise für Rohstoffe als auch Fertigfabrikate, z. B. Textilien, nach wie vor erheblich im Preise steigen. In keinem Falle weist die Gesamtindexziffer eine erhebliche Besserung für den März auf.

Trotzdem versucht nun das Kapital die enorme Profitrate auf die Weise hochzuhalten, daß sie sich allen Lohnforderungen gegenüber abweisend verhält. Es sei nur an die Holz- und Metallindustrie Berlins erinnert, die erst nach umfangreichen Verhandlungen im Arbeitsministerium bis zu 15 Proz. Lohnsteigerung zugesprochen erhielt, wobei noch zu betonen ist, daß auch diesen Spruch die Arbeitgeber ablehnten.

Aber auch die Regierung hat sich etwas Erstaunliches geleistet in diesen Tagen der Not und Sorge Deutschlands gegenüber der Arbeiterschaft. Eine Rundgebung der Reichsregierung ging am 6. März 1923 durch die Zeitungen. Es hieß da:

„Unter diesen Umständen ist zu hoffen, daß der mit der Festigung der Markt eingetretene Preisrückgang der Einfuhrwaren nach und nach auch zur Auswirkung auf den Warenmarkt im übrigen gelangen wird. Soll dieses Ziel erreicht und festgehalten werden, dann ist freilich auch dringend nötig, daß die Preiswerte nicht durch Lohnsteigerungen von neuem in Bewegung gesetzt wird. Grundsätzlich wärde die Erkenntnis, daß höhere Papierlöhne nicht ohne weiteres eine Verbesserung der Lebenshaltung zur Folge haben, wohl aber die Warenpreise immer weiter steigern. Mögen alle an der Regelung der Lohnverhältnisse Beteiligten darauf die richtigen Lehren ziehen!“

Man möchte also einen Regel vorschreiben gegenüber allen Forderungen der Arbeiterschaft. Die Rundgebung der Regierung war nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung an die Unternehmer, keine noch so berechtigten Forderungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu bewilligen, um auf diese Weise die Stabilisierung der Markt zu erreichen.

Nun ist eines richtig: Es liegt den Arbeitern natürlich nicht daran, die vermehrten Papierscheine, die sie erhalten, nur wieder spurlos verschwinden zu lassen bei Händlern usw., ohne daß die Warenmenge, die sie dafür erhalten, sich vergrößert. Andererseits kann doch nur dann ein Stillstand der Lohnbewegungen möglich sein, wenn die Warenpreise tatsächlich in größerem Ausmaße sinken. Daß das gegenwärtig der Fall wäre, kann niemand mit Fug und Recht behaupten. Wir sind der Meinung, daß ein „Käuferstreik“, wie er anscheinend der Regierung vorschwebt, um Klein- und Großhandel, Landwirte und Großindustrie zu zwingen, etwas billiger zu verkaufen, doch nur für diejenigen in Frage kommt, die keinen hungrigen Magen haben oder sonst bereits mit Bedarfswaren eingebett sind. Die Millionenmasse der Arbeiterschaft ist seit Jahr und Tag angewiesen auf den unmittelbaren Verbrauch ihres Geldes. Sie lebt buchstäblich von der Hand in den Mund. Daraus ergibt sich, daß ein anderer Weg gesucht werden muß. Nun haben die Spitzenverbände der Gewerkschaften bei der Regierung einen energischen Protest eingeleitet und zum Ausdruck gebracht, daß weitere Maßnahmen zum Abbau der Preise getroffen werden müssen. Der Tagespresse wurde von den Spitzenorganisationen folgender Protest zugesandt:

„Die Rundgebung der Regierung will uns glauben machen, daß gegenwärtig schon ein Preisabbau eingetreten wäre. Das ist eine große Irrführung, und es trifft sich gut, daß während gestern früh die Regierung eine Verbilligung der Nahrungsmittel ankündigt, gestern mit abend das Rohstoffmarkt der Preise mitteilen ließ, daß eine Ermäßigung der Rohstoffpreise unmöglich sei.“

Es sieht es auch im übrigen mit dem angeblich eingetretenen Preisstau an. Unsere Hausfrauen wären gewiß sehr gespannt, von der Regierung zu erfahren, was sie den Lebensbedarf schon billiger einkaufen könnten. Statt eines wirklichen Preisrückgangs sind im Gegenteil auch jetzt noch ziemlich Preissteigerungen zu verzeichnen, und da die Reallohne gerade in den letzten Wochen noch viel mehr als schon in der vorausgegangenen Zeit gegenüber der Preisentwicklung zurückgeblieben sind, ist das jetzige Eingreifen der Regierung in die Lohnbewegung um so unverantwortlicher.

Wie veranlaßt wird, steht das Arbeitsministerium der Regierungshandhabung fern, obwohl es allein dafür zuständig wäre. Die von den Arbeitgeberverbänden nachgesuchten Verhandlungen werden wohl auch hierüber Klärung bringen. Auf alle Fälle aber muß die Regierung ihre Rundgebung schneidend und eindeutig widerrufen, wenn sie das deutsche Wirtschaftsleben nicht durch umfangreiche Arbeitslosigkeit noch größeren Gefahren aussetzen will.

Wir müssen leider feststellen, daß auch bei den Gemeinden bis hinein in die Reihen der Schiedsstellen der Glaube vorhanden zu sein scheint, daß die Angestellten und Arbeiter nun eine Belle hungern sollen, um die Verbesserung der Marktlage zu erreichen. So geht's nicht! Es muß zu unerträglichen Zuständen und Kämpfen schwerster Art führen, wenn die Parole der Reichsregierung weiterhin Aufnahme findet. Die Verhandlungen der Reichsarbeiter und Beamten, die in diesen Tagen stattfinden, lassen noch eine letzte Hoffnung offen, daß der kurzfristige Standpunkt, auf Kosten der Allerärmsten und Bedrücktsten die Festigung der Marktlage zu erzielen, nicht durchzuführen ist. Es muß der auch in den letzten Wochen ständig gewachsenen Geldentwertung für den inneren Markt begegnet werden und die Arbeiter, Angestellten und Beamten können auf Lohnhöhungen nicht verzichten. Wenn die Regierung mit gleicher Energie, wie sie aus außenpolitischen Gründen die Verbesserung der Marktlage anstrebt, ihre Aktionen weiter fortsetzt, wenn sie insbesondere aber auch den Forderungen der Gewerkschaften in bezug auf planmäßige Umgestaltung der deutschen Wirtschaft im Sinne des Programms des ADGB nachgeben würde, so könnten die gewaltigen wirtschaftlichen Erschütterungen vermieden werden, die im gegenwärtigen Moment doch wahrlich unangebracht sind.

In bürgerlichen Kreisen wird soviel von einer „Einheitsfront“ geredet. Wir sehen wohl, daß die Abwehrfront gegenüber dem französischen Militarismus und Imperialismus, wenn auch unter den verschiedensten Argumenten, einheitlich als Notwendigkeit angesehen wird, wie auch die Reichstagsverhandlungen bewiesen haben in den Reden von Cuno bis Jettln. Andererseits bleiben die scharfen wirtschaftlichen Gegensätze nicht nur bestehen, sondern sie wirken sich in diesen Zeiten krasser aus denn je. Und es wäre die verdammt Pflicht und Schuldigkeit einer objektiven abmägenden Regierung, in diesem Kampfe nicht zugunsten der schon begünstigten Besitzenden und Unternehmer einzugreifen, sondern der Notlage der Millionen Konsumenten Rechnung zu tragen.

### Jum 40. Todestag von Karl Marx.

II. (Schluß.)

Es ist wahr, eure individuelle Arbeit ist nichts als eine Reihe mechanischer, grotesker Leibesbewegungen. In der Werkstatt seid ihr nichts als zufällig nebeneinander gestellte Fremde und von Rechts wegen keine Gemeinde. Aber dennoch — insgesamt seid ihr ein einziger, wenn auch vielköpfiger und tausendarmiger Gesamtarbeiter, eine wahre Arbeitsgemeinde. Denkt euch nicht mehr als Familien- oder Ortsgemeinde — denkt euch als Arbeitsgemeinde und ihr erratet den neuen Sinn eures Daseins!

Seht doch, die Produktion ist aus einer individuellen eine gesellschaftliche, eine soziale geworden. Mitten im Kapitalismus ist im Arbeitsvorgang selbst ein Stück Sozialismus geschaffen, zunächst wider Willen des Herrn und ohne euer eigenes Verständnis. Lernet diesen Sozialismus im Kapitalismus erfassen!

Freudlos und wertlos ist für dich als einzelner die Lohnarbeit, die du leistest; unmöglich ist es für dich, zu schätzen und zu messen, was deine als des einzelnen Mannes Lohnarbeit wert sei und Wert bildet. Aber seht euch doch als Gesamtarbeiter, was ihr wirklich seid! Offensichtlich schafft ihr den Gesamtwert des Produktes, von dem die Summe eurer Löhne nur ein Teil ist. Ihr arbeitet für euch, um des Lebens Notdurft im Lohne zu gewinnen, der Lohn zahlt diese notwendige Arbeit und ihr verdient in einem Teile eurer Arbeitszeit; aber ihr schafft noch durch mehr Zeit, ihr leistet Mehrarbeit und während ihr den Wert eurer ausgeschöpften Arbeitskraft im Lohne zurückhaltet, sagt der Kapitalismus den Mehrwert ein. Eine dunkle Lehre zwar für alle jene, die fern von der Hölle der Fabrik auf dem Markte Waren tauschen, und doppelt dunkel für den Gelehrten in der Studierstube, der aus dem Schrifttum der Vorzeit das Gesetz der Zeit herauslesen will! Aber für den Arbeiter sind diese Dinge, sobald ihm nur einmal das Auge geöffnet ist, Lat-

### Sonderbare Lohnpolitik in Thüringen

Herr Dr. Breyer, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Thüringer Gemeindefonds und Kreise, übermittelt dem Verband Thüringischer Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gausleitung Erfurt, vor kurzem Schreiben, das ankündigt: Lohnhöhungen für Monat März nicht mehr gewährt, denn die Löhne der Gemeindearbeiter im Verhältnis der Vorkriegszeit mehr gestiegen, als die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel. Herr Dr. Breyer hat auf Laufe dieser kurzen Tätigkeit beim Tarifverband durch Herrn Rat Beder eine gute Schule genossen. Die Arbeitnehmer, insbesondere die Gemeindearbeiter wird es interessieren, in welcher Weise Herr Dr. Breyer begründet, daß eine Lohnhöhung für März nicht eintreten kann und bringen deshalb nachfolgendes Schreiben:

„Beit. Lohnabschluß vom 9. Februar 1923.“

Wie bekannt, tätigten wir unseren letzten Lohnabschluß bei Dollarkurs zwischen 30 000 bis 40 000 unter Annahme einer weitgehenden Preisregelung und vereinbarten unter Zugrundelegung Spitzenlohnes vom 1. Februar 1923 für Lohngruppe 1 in Ostthüringen (462,-) folgende Erhöhungen des Stundenlohnes:

für die erste Februarwoche	um 21,2 Proz.	Spitzenlohn 600	912
„ „ „ zweite	„ 7,5	„ 800	979
„ „ „ dritte	„ 10,5	„ 950	1059
„ „ „ vierte	„ 13,2	„ 1075	1172

Die obiger Eruerung zugrunde gelegten Erwartungen hinsichtlich zukünftigen Preisentwicklung sind jedoch nicht eingetroffen, wie aus folgenden Zusammenstellungen hervorgeht:

(+) Steigerung bzw. (-) Abnahme gegenüber d. Vorwoche in v. H.	8.2.1923	10.2.1923	12.2.1923
1. Großhandelspreisindex	+ 10,3	- 6,9	-
2. Dollarkursindex	- 4,14	- 22,1	-

Wahrgänger einzelner Warengruppen Ende 1913 = 1

	8.2.-8.2.10.2.	10.2.-10.2.12.2.
1. Rohle, Eisen, Metalle, Baustoffe, Holz	8 002,02	9 717,96
2. Textilien	14 428,45	11 761,07
3. Häute, Felle, Leder, Gummi	10 136,56	9 916,86
4. Getreide, Mehl, Kartoffeln, Düngemittel	4 600,22	4 154,15
5. Fleisch, Fisch, Getreide, Milch, Zucker usw.	5 008,24	4 079,49

Gesamt-Index	7 575,37	7 051,84
Entwertungsfaktor der Marktlage	8 672,78	8 898,-
Gemeinen am Dollarkursindex in Berlin	86 403,33	24 716,67

Aus obigen Zusammenstellungen, die wir der „Industrie- und Handelszeitung“ entnehmen, ergibt sich eine Senkung des Preisindex die Zeit vom 10. bis 16. Februar um 6,9 v. H. gegenüber der Zeit vom 17. bis 23. Februar um weitere 5,7 v. H. inbegriffen für die Zeit vom 10. bis 23. Februar um 12,6 v. H.

Eodann sei auf die Errechnung des Zeitindex hingewiesen, in der zweiten Jahreshälfte und dessen Steigerung gegenüber dem Vorkriegsjahr für einen ledigen Gemeindefabrikanten in Groß- und Mittelthüringen, das nach Nr. 7 S. 62 Ihrer Verbandszeitschrift, der „Gewerkschaft“, auf das 1333fache gestiegen sei. Demgegenüber wird verwiesen, daß die Lohnregelung unserer ledigen und Arbeitnehmer in Thüringen gegen 1913/14 in der Zeit vom 2. bis 9. Februar 1923 das 1303fache, in der Zeit vom 9. bis 15. Februar 1923

sachen, die er selbst anschaut, die er erlebt, und für die er bloß das Wort und den Begriff gegeben hat.

Die Maschine ist ein Ding, das dich beherrscht, dein Produkt ist Ware, also wieder ein wirtschaftliches Ding mit nennenswerten Eigenschaften, das Kapital selbst ist ein Vorrat von Dingen, die über die Menschen gebieten. So scheint es dir und so laßt dich auch alle bürgerliche Wissenschaft. Aber sieh doch näher auf die Maschine ist Eigentum des Unternehmers und sie lehrer dich die Eigentumsfrage des Staates sie ihm zusprechen und die Besitzlosen vor ihr rechtlich ausschließen. Das ist nicht die Sache, Dinge, es ist die rechtliche Ordnung in der Gesellschaft, Eigentumsrecht, das den kapitalistischen Besitzer zu deinem und dich als Besitzlosen zu seinem Sklaven macht. Das Kapital ist ein Ding, du erlebst es ja täglich, daß es ein gesellschaftliches, gesellschaftliches Verhältnis ist! Du spinnst Baumwolle — der Preis des Baumwollgarnes, was drückt er anderes aus als das bestimmte Lohn, als dein Elend? Die Dinge um dich haben ein bestimmtes Wert: Was heißt das? Bohnen er diesen inne als was schaffst? Du siehst doch, es sind deine Erzeugnisse, du hast Arbeit in ihnen verkörpert und diese deine Arbeit gibt ihnen Wert. Aber dieser Wert kommt nur zum Teil dir zu als Lohn, der andere Teil fällt er dem Kapitalisten zu als Profit, und die Arbeiter mit denen der Händler seine Ware bezettelt, sie verraten dir deutlich, daß du dich in das Produkt deines Fleisches mit dem Geld kauft und dem Händler geteilt hast, sie verraten dir selbst als Ausdruck von Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer, zwischen Fabrikanten und Händler, als Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses.

Alle wirtschaftlichen Dinge sind gesellschaftliche Verhältnisse, besteht die gesellschaftliche Gemeinschaft zwischen den Menschen, sie besteht nicht mehr offen und frei wie früher, sondern verdeckt in der Form von Dingen und unsichtbar in der Form der Herrschaft der Dingen über den Menschen. Wofür arbeitest du? Für dich

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Der Reichstag zur Ruhrbesetzung. Am 6. und 7. März war im Reichstago große Debatte über die Ruhrbesetzung und über die Politik, die hierzu einzuschlagen ist. Eingeleitet wurde die Aussprache durch eine groß angelegte Rede des Reichstanzlers Dr. Cuno. Er zählte noch einmal die von der französisch-belgischen Soldateska verübten Gewalttaten auf, bekannte sich zur Fortführung der passiven Resistenz, wobei er die von der Rechten verlangte Verschärfung des Kampfes ignorierte. Was die Nationalisten wollen, ist nicht nur ein nutzloses, sondern geradezu verbrecherisches Beginnen und nichts anderes wie Desperadopolitik. Herr Cuno lehnte auch ab das Verlangen der Rechten, nicht früher zu verhandeln, bis Rhein und Ruhr entsetzt seien. Er appellierte an die kapitalträchtigen Leute, Goldanleihe für das Reich zu zeichnen. Aus den von ihm vorgetragenen Ziffern über die von Deutschland bereits aufgebrauchten Reparationen geben wir folgende wieder:

Vom 11. November 1918 bis zum 30. September 1922 hat Deutschland Reichs- und Staatsbesitz in den abgetretenen Gebieten im Werte von 5,6 Goldmilliarden, die Saargruben im Werte von einer Goldmilliarde übereignet, militärische Rücklaggüter von 4,2 Milliarden abgegeben, See- und Binnenschiffe im Werte von 6 Milliarden, Kohle und Holz von 2,3 Milliarden; hat deutsches Eigentum im Ausland aufgeben müssen im Werte von 11,7 Milliarden, hat die Forderungen an seine ehemaligen Kriegsverbündeten abgetreten und so eine Gesamtleistung von 45,6 Milliarden Goldmark erreicht. Die deutschen Leistungen und die staatlichen Verluste machen so bis zum 30. September 1922 den Betrag von 56,5 Goldmilliarden aus, eine Summe, die beim heutigen Dollarkurs dem unausdenkbaren Betrag von 285 Billionen Papiermark entspricht. Der in der Welt kennt diese Ziffern? Die Staatsmänner der Alliierten kennen sie wohl, die Völker aber kennen sie immer noch nicht. Diese ungeheuren Leistungen sind nicht aus einer blühenden Volkswirtschaft bewirkt worden, wie sie im Jahre 1913 bestand, sondern aus der verstopften Wirtschaft des Jahres 1918, die selbst schon durch die Kosten der Kriegsführung und die Verringerung und die mangelnde Erneuerung der Produktionsubstanz schweren Schaden erlitten hatte.

Dr. David (VDP.) wies an Hand von französischen Denkschriften, insbesondere des Vorsitzenden der Finanzkommission der französischen Deputiertenkammer, nach, daß es dem offiziellen Frankreich mehr darauf ankomme, das Rhein- und Ruhrgebiet von Deutschland loszureißen. Auf dieser Grundlage könne es mit Frankreich nie und nimmer zu einer Verständigung kommen. Hingegen müsse Deutschland mit einem Frankreich, das nur Reparationen und Kohle haben wolle, ein Einverständnis suchen.

„Meine Partei hat gewisse Richtlinien aufgestellt in Uebereinstimmung mit französischen, italienischen, belgischen und englischen Sozialisten. Darin wurde als Grundsatz aufgestellt, daß die Schuld Deutschlands auf das rebuiert werden solle, was zum Wiederaufbau notwendig ist, daß dagegen Forderungen für Pensionen usw. nicht eingerechnet werden sollen. Dann Sicherheit gegen einen neuen Krieg, die Durchführung der Abrüstungsvorschriften des Friedensvertrages auch in den anderen Ländern und drittens Zurückziehung der Besatzung. Auch das gehört in das Programm hinein. Auch das allbesetzte Gebiet soll frei werden. Dreifach

in der Zeit vom 16. bis 22. Februar 1923 das 2210fache, im Jahr vom 23. Februar bis 11. März 1923 das 2500fache beträgt.

Die beiden einander entgegengesetzten Entwicklungstendenzen von zunehmenden Preisermäßigungen einerseits und häufigen Lohnsteigerungen andererseits im Lohnwage im Monat Februar kann an eine Nachbesserung des letzten Lohnabschlusses gedacht werden. Da wir ausdrücklich dessen Verbindlichkeit für beide Parteien vereinbart hätte der Vorstand des Tarifverbandes in Wahrung der Rechte hiervon absehen. Wir bitten Sie deshalb, Ihre Tarifpolitik davon in Kenntnis zu setzen. Beim etwaigen Anhalten der Preisentwicklung, die mittelbar eine Lohnsteigerung durch Vermehrung des Reallohnes (Kaufkraft) zeitigt, setzen wir Ihr Einverständnis voraus, daß die Löhne mit Wirkung vom 2. März 1923 einen entsprechenden Anstieg erfahren. Der Geschäftsführer. J. B.: Dr. Bremer.

Wir wollen zu dem Schreiben bemerken, daß Ihren menschlich und daß dies sehr oft vorkommt, besonders dann bei den Vertretern der Arbeitgeberverbände, wenn es sich darum handelt, die Rechte der Arbeitnehmer zu erhöhen.

Herr Dr. Bremer spricht in seinem Schreiben, daß in unserer Zeitung Nr. 7 selbst mitgeteilt wurde, daß für einen alleinigen Mann die Teuerung um das 1333,2fache gestiegen sei gegenüber der Vorkriegszeit. Wir haben nun in unserer Lohninsel den Lohnsteigerungen und Kinderbeihilfen, und diese, insbesondere die Kinderbeihilfen, rechnet man immer zum Grundlohn bei den Lohnsteigerungen hinzu. Das Existenzminimum beträgt für ein Ehepaar mit zwei Kindern in der zweiten Hälfte Januar wöchentlich 81 Mk. Diesen Lohn haben die Gemeindegewerkschaften in Thüringen im Februar bezogen; dies hat Herr Dr. Bremer in seinem Schreiben wohlweislich nicht erwähnt. In unserer Verbandszeitung haben wir aber, daß das Existenzminimum in der ersten Hälfte für ein Ehepaar mit zwei Kindern 81 672 Mk. wöchentlich Stellen wir das Einkommen der Gemeindegewerkschaften demgegenüber, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Gemeindegewerkschaften unter dem Existenzminimum leben müssen. Nach der Teuerung für die Städte Eisenach, Gera und Weimar ergibt sich die Erigerung gegenüber der Vorkriegszeit fast das 3000fache.

Wir legen schon, daß Ihren menschlich ist und wollen Herrn Bremer ja auch weiter nicht nachtragen, daß ihm hier ein Induzium ist; möchten aber doch nicht unerwähnt lassen, man mit Zahlen operieren will, soll man nicht Zahlen nennen, die zurüdliegen, sondern die sich ergaben bei Fertigstellung des Schreibens von Herrn Dr. Bremer. Wir wollen hier die Öffentlichkeit kein Hehl daraus machen, daß die Gemeindegewerkschaften in Thüringen eine solche Lohnpolitik, wie sie vom Tarifverband angehängen wird, nicht mitmachen. Diese Lohnpolitik hat ergeben, daß voraussichtlich am 1. April neue Abmeldungen von Arbeitslosen beim Tarifverband erfolgen werden, da die Vertreter wiederholt in Gemeinderatsitzungen protestiert gegen die Lohnpolitik, wie sie Herr Stadtrat Beder und Herr Bremer treiben.

Stadtmann, aber dies nur zu dem Teil, den dein Lohn dinglich ist. Aber die Waren, die du erzeugst, dienen nicht dir, sie dienen nicht dem Unternehmer, sie dienen der Gesellschaft, die bestimmungslos, du dienst der Gesellschaft und keine Stunde ohne deinen Dienst bestehend. Das ist die Wirklichkeit der Sache, aber ausgezungenener Schein ist es, ein Schein, der dir angetan wird, daß du für einen Privatmann, für einen Kapitalisten, arbeitest, Schein und Wirklichkeit zugleich ist, daß deine Arbeit, die der Gesellschaft vermeintlich ist, privat an dich drängt sich zwischen dich und der Gemeindegewerkschaft, eignet sich zum ganzen Mehrwert an, um ihn in neue Maschinen, in neue Werkzeuge zu verwandeln. So häuft er Kapital auf Kapital, er häuft Arbeitermassen in den Dienst zu stellen, um im Wege der Verwertung neue Arbeitslose zu schaffen und nicht nur dich als einen Arbeiter, sondern die ganze Gesellschaft sich hörig zu machen.

Der Arbeiter, der mehr und mehr Besessene, Reichtum besitzen diese nicht, aber sehr, sehr reich, er hat die Kapitalist doch die Maschine in die Hand geben, er hat sie betreut, faktisch verfügt ihr, wohl nicht als einzelne, sondern als Gesamtheit; Herren aller Maschinen der Welt, wenn ihr die Maschine, auch als einzelne zu fühlen und wenn ihr beginnt, als Arbeiter zu denken und zu handeln.

Das ist es, was Karl Marx dem Arbeiter gegeben hat. Das hat Karl Marx dem Arbeiter gegeben, auf dem seine Hände. Der Arbeiter hatte alle Menschenwürde eingebüßt, er hatte seinen Lebenswert gemacht. Er hatte den Zusammenhang zwischen Mensch und Menschheit verloren. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte ihm sein Leben, unbarbarische Zusammenhänge gerückt. Karl Marx hat ihm sein Leben, unbarbarische Zusammenhänge gerückt. Karl Marx hat ihm sein Leben, unbarbarische Zusammenhänge gerückt. Karl Marx hat ihm sein Leben, unbarbarische Zusammenhänge gerückt.

bürgerliche Recht alles Rechtes entkleidet hatte, daß dieselbe Entwicklung ihm faktisch die Macht über alle Produktivkräfte der Menschheit in die Hand drückte, daß sie ihn faktisch zum Herren der Erde machte, wenn er nur begriff und wenn er nur wollte.

Die kapitalistische Entwicklung hatte dem Arbeiter die Arbeitsfreude entzogen, hatte den Menschen erst zur Maschine und dann zum Diener der Maschine gemacht und die gestaltende Kunst der Arbeit verwandelt in die aufmerksame Bedienung eines maschinellen Uhrwerkes. In brütender Feindseligkeit stand zuerst der Arbeiter der Maschine gegenüber, Karl Marx erweckte in dem Gehirn des Arbeiters die Erkenntnis: Diese aufmerksame Bedienung, sie ist doch zugleich Aufsicht, zugleich denkende Beherrschung eines Naturprozesses, sie ist zugleich Herrschaft über die Natur, unendliche Steigerung deiner Produktivkraft, das Mittel, den Gütervorrat der Welt ins Unendliche zu vermehren, ein kommender Segen der Menschheit, wenn diese erst einmal frei geworden ist. Lernet nur als Gesamtarbeiter diese Produktivkräfte beherrschen und ihr werdet imstande sein, die Erde in ein Paradies zu verwandeln, und zwar in ein Paradies der Arbeitenden selbst, nicht einer kleinen Herrenkaste.

Und so hat Marx den Arbeiter gelehrt, die Maschinen, die er erst getrimmerte, zu schätzen und zu lieben, so hat Marx die Massen unterrichtet, an die technische Wissenschaft zu glauben und sie zu verehren, jene Wissenschaften, welche vordem den unbelehrbaren Massen als eine dunkle, gefährliche Zauberwelt eines Faustus, als Teufelsblendwerk erschienen war. So hat Marx dem Arbeiter das Tor der Wissenschaft entriegelt.

Was hat Karl Marx dem einzelnen Arbeiter gegeben? Er hat zu ihrem materiellen Dasein nichts Materielles hinzugefügt, aber er hat es erhellt, er hat in seinem Dasein, das sinn- und bestimmungslos schien, die höhere geschichtliche Bestimmung erkannt und dem einzelnen Arbeiter zum Bewußtsein gebracht. Karl Marx hat geistig dem Arbeiter die Erde und den Himmel, das wirtschaftliche Sein und die wissenschaftliche Erkenntnis erschlossen.

unterstreichen wir den Appell des Kanzlers an die Bestehenden, und wir wünschen endlich, daß die Laten folgen."

Von dem deutschnationalen Redner Hergt war etwas anderes als eine nationalistische Rede nicht zu erwarten. Dagegen war auffällig die Rede des Volksparteilers Stressemann. Er bekannte sich ebenfalls zur Erfüllungspolitik und zu Verhandlungen bereit, scheute sich aber, ein offenes Bekenntnis zur Republik abzugeben. Der Zentrumsredner Marx und der Demokrat Dernburg boten nichts Neues. Aus der Rede Klara Zetkins (K.P.D.) zitierten wir folgende Sätze: „Wir stehen trotz aller Differenzen mit den Sozialdemokraten, wenn sie in einer Front mit uns kämpfen wollen, gegen den deutschen und französischen Kapitalismus. Wir wollen die Einheitsfront von Rostau bis Paris gegen den Kapitalismus. Wir haben kein Vertrauen zur Regierung Cuno, wohl aber zur Aktion des Proletariats“.

Die Aussprache im Reichstage hat ergeben, daß er in seiner Mehrheit gegen jede Preisgabe deutschen Landes ist und daß der Abwehrkampf an Ruhr und Rhein in seiner bisherigen Form solange fortgesetzt werden muß, bis Frankreich und Belgien zu einer Verständigung auf dem Boden der von Deutschland erfüllbaren Reparationspolitik bereit sind.

**Aus den deutschen Gewerkschaften**

**An die deutschen Arbeiter und Angeestellten!**

Im Ruhrgebiet häufen sich die Greuel. Gewalttat gegen die schutzlose Bevölkerung folgt auf Gewalttat. So verwerflich das Vorgehen der Franzosen und Belgier ist, so mißverhältlich ist das Verhalten der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes. Berpfechungen und Schmeicheleien haben sie ebensowenig davon abbringen können, ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke zu tun, wie die dann folgenden Drangsale, Verfolgungen und jetzt sogar Lebensbedrohungen. Den wackeren Gewerkschaftskämpfern an der Ruhr und am Rhein gebührt unser Dank und unsere Anerkennung. Aber mit Worten allein ist ihnen nicht gedient. Sie bedürfen auch oer materiellen Unterstützung. Es ist daher heilige Pflicht der deutschen Arbeiter und Angeestellten, ihre Brüder in den besetzten Gebieten nicht im Stich zu lassen. Es wäre das beschämendste Schauspiel, das der Welt gesehen werden könnte, wenn die deutschen Ruhrkämpfer sich dem Joch der französischen Unterdrücker beugen müßten, weil sie von den deutschen Arbeitern und Angeestellten, für die sie doch mitkämpfen, im Stich gelassen werden. So darf es nicht kommen! Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angeestelltenbundes wenden sich deshalb erneut an die Arbeiter und Angeestellten Deutschlands mit dem dringenden Ersuchen, in ihrem Sammelkreis nicht zu erlahmen. Bedauerlicherweise muß festgehalten werden, daß der vom Ausschuß des ADGB fast einstimmig gefasste Beschluß, einen Stundenverdienst für die Ruhrhilfe zu opfern, nicht gleichmäßig durchgeführt wird. Von verschiedenen Seiten ist Verwirrung in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder hineingetragen worden. Vorstand und Ausschuß des ADGB und der Vorstand des AFAB-Bundes halten aber an diesem Beschluß fest und bringen ihn erneut in Erinnerung mit dem Hinweis, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angeestellten sich verpflichtet fühlen müssen, ihn in brüderlicher Treue durchzuführen. Gegen ihn wird ins Feld geführt, daß die Gelder in eine Kasse fließen, in die auch die Unternehmer zahlen — obwohl sie partiell von den Unternehmern und den Gewerkschaften verwaltet wird. Diese Gleichberechtigung bei allen Entscheidungen über die Verwendung der „Ruhrhilfe“ haben wir durchgesetzt, obwohl die Arbeitgeber vier Fünftel der Mittel anbringen müssen, während auf die Arbeiter und Angeestellten nur ein Fünftel entfällt. Warum sollten die Gewerkschaften es ablehnen, über die Verwendung der Unternehmerbeiträge mitzureden und mitzubestimmen? Es war die selbstverständliche Pflicht der Bestehenden, den Löwenanteil der erforderlichen Kampfmittel aufzubringen. Sollten wir etwa die Arbeitgeber von dieser Pflicht entbinden? Oder sollten vielleicht die notleidenden Ruhrkämpfer die Annahme der Unterstützung, die aus den Taschen der Arbeitgeber fließen, verweigern? Wären die Arbeiter und Angeestellten bereit und in der Lage gewesen, die riesigen Summen, die erforderlich sind, allein aufzubringen? Nach bringt es nicht große Vorteile, daß die gesamten Mittel für die Unterstützung des Ruhrkampfes an einer Stelle zusammenfließen, statt in vielen getrennten Kanälen auseinanderzuliegen? Lieben nicht gerade die deutschen Arbeitnehmer auf allen Gebieten die vielschichtige Organisation? Und ist nicht ganz besonders in diesem schweren Abwehrkampf die Zusammenfassung der Abwehrmittel zwingendes Gebot oberlegter Kampfethik? Genüßhaft läßt sich gegen diese Sammlung und gegen die Art der Verwaltung überhaupt nichts anführen. All: das, was behauptet wird über Verhältnisse der Reichsarmee und Grundzüge der Arbeiterbewegung ist nur leeres Gerede. Der Kampf der Ruhrarbeiter steht beispiellos in der Geschichte der Arbeiterbewegung da. Niemandes hat sich irgend abspiegelt. Deshalb sind Vergleiche mit der bisherigen Praxis der Sammlungen für Kämpfe überhaupt nicht möglich. Es handelt sich nicht um einen der Klassenkämpfe, wie sie sich aus dem Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ganz von selbst ergeben, sondern um einen Kampf vergeblichster deutscher gegen einen ausländischen Unterdrücker. Und so selbstverständlich es ist, daß die der Unterstützung bedürftigen Ruhrarbeiter und Angeestellten die Unterstützung annehmen, auch wenn sie in der Kampfische aus den Mitteln der Unternehmer stammen, so selbstverständlich ist es, daß

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter v. W. Antner. Druck: Sowjard Druckerei und Verlagsanstalt

die übrigen Arbeiter ihre Gelder in die gemeinsame Kasse fließen, sofern Gewähr gegeben ist, daß sie ihrem Willen entsprechen werden. Diese Gewähr ist gegeben durch die gleichberechtigte Leitung der Gewerkschaften in der Verwaltung. Gewerkschaftsmitglieder dürfen beruhigt bleiben im wesentlichen auf der Disziplin, die sie den schlimmsten Tagen zu halten auch für verpflichtet hielt. Was geht an dieser Disziplin zu rütteln, untergräbt die Grundpfeiler der Macht. In allem, was die Arbeiter und Angeestellten unternehmen, sie einzig sein. Hatet euch vor den Anfängen der Disziplinbruches! Folgt den Schritten schüchtern und unheilvoll sein. Auch wer 4 der Verharren will, daß die Bundesbeschüsse in diesem Hause nicht werden, jetzt seine Gedanken zurückziehen. Er muß es aus Liebe zu den nützlich Arbeitbrüdern an der Ruhr, am Rhein und in allen anderen Gebieten. Er muß es aus Achtung vor der Reich hochgebildeten Demokratie, aus Achtung vor der heute mehr als je notwendigen Disziplin in unseren Gewerkschaften. Viele Arbeitgeber verhalten unter Hinweis auf die unserer Aufforderung zuwiderlaufenden Zusammenkünfte von Arbeitnehmern, daß sie es empfehlen wird, den Beitrag an die „Ruhrhilfe“ zurückzubehalten. Die Nichtleistung der Bundesbeschüsse bedeutet also praktisch, daß den kämpfenden Brüdern der Ruhr enorme Summen aus Arbeitgebertaschen verloren gehen. Das darf nicht sein! Wir ersuchen daher die Vertrauensleute der Gewerkschaften in allen Betrieben, insbesondere die Betriebsräte, darauf zu achten, daß neben dem Aufruf der Arbeiter und Angeestellten auch der Arbeitgeber zu leistende Beitrag ungehindert an die „Ruhrhilfe“ (St. der Reichsbank in Berlin, Niederwallstraße, oder Konto Nr. 57200 Postfachamt Berlin) überwiesen wird. Kein Arbeiter, kein Angehöriger auch kein Arbeitgeber darf sich dieser von ihnen Verbunden bestrafung enthalten.

Berlin, den 2. März 1923.  
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Th. Leipart.  
Allgemeiner freier Angeestelltenbund. Stühr. G.H.

**Rundschau**

Die notwendigen Ausgaben für Ernährung betragen Dr. Kucznoski in der zweiten Februarhälfte für ein Paar mit zwei Kindern pro Woche 33 747 Mt., also 2448 Mt. als in der ersten Februarhälfte. Heizung und Beleuchtung betragen pro Woche 9656 Mt. Die Mehrausgabe gegenüber der Februarhälfte beträgt hier pro Woche 3977 Mt. Dr. Kucznoski rechnet nun zwar eine Verbilligung der Kleidung und einer der sonstigen Ausgaben heraus, so daß sich in der Gesamtschau eine kleine Ernährung gegenüber der ersten Februarhälfte sparen dürften wohl nur wenige etwas verspüren, denn die tag und wöchentlichen Ausgaben eskandieren sich doch in der Höhe auf Ernährung, Heizung und Beleuchtung, während die Ausgaben für Kleidung für größere Zeitdauer erfolgen, und hier nur Wochendurchschnitt gezogen ist. Man wird also auch für die Februarhälfte noch vermehrte Ausgaben für das Christenfest in Anschlag bringen müssen. Unsere Kollegen tun daher gut, auch auf Erhöhung der Löhne zu drängen.

**Göttliche Weltordnung?**

Nach einem tatsächlichen Ereignis von O. R.  
Sein Leben lang  
hatte Friedrich Gottschalk  
hart gearbeitet.  
Und dennoch blieb ihm  
sein freundlicher Abend  
nach seinen zweihundertig Jahren.  
Ein Menschenleben  
war aufgebraucht.  
Mit glitzernden Händen  
richt er akmonatlich  
die kirchliche Rente ein.  
Keiner kümmerte sich  
um seinen Hunger.  
Und der Schmerz so bitter.  
Da hing sich Vater Gottschalk  
am Grabe seiner Frau auf.

Das Beruhern  
hielt er nicht aus.  
Und er erstarrte ja,  
wie er sich dachte,  
den Seinen viel Ged.  
Da aber auch diese  
der Wagen knurrte  
und die Kinder verzagt  
blieb Gottschalk ohne  
Und da auch sonst die  
für den Verbrauch  
nichts Abzu hat.  
wurde sein Erdmann  
unter die Spinden  
junger Studenten  
zur Wartung gebracht.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Esskation von Arbeitseinstellungen nach den Bestimmungen vom 1. Januar 1919 und vom 12. Februar 1920. Bearbeitet von Dr. R. S. 1. Aufl. 1923. Viertel Band: „Das neue Arbeitsrecht“, in 2 Bänden. Einzelausgaben herausgegeben von Dr. J. Freig und Dr. R. S. Verlag: Franz Vahlen, Berlin W. O. Preis: G. 3. 1. G. 3. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellt dieses Werk an die Gewerkschaften mit 25 Proz. Rabatt bei 10 Exemplaren mit 35% Rabatt. Am Anfang werden die Richtlinien des Arbeitsrechts mit dem Inhalt der Bestimmungen von Gewerkschaften und wichtige Ausführenden gegeben neben einem Verzeichnis der Sachverständigen und Sachverständigenbedürfen.

Verantwortl. Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SO. 10. Verlagsanstalt  
Wau Gieger - Co., Berlin SW. 68. Lindenstr. 8